



AUSGABE I / 2016

BRENNPUNKT: WIENER PLATZ
Aktuelle Stunde der Stadtratssitzung
vom 25. Februar 2016

Seite 2

DIE VISION EINER VIELFÄLTIGEN STADT
Interview mit Dr. Peter Lames zu seinen
neuen Aufgaben als Beigeordneter

Seite 5

MEHRHEIT BRINGT DRESDEN VORAN
Stadtrat startet mit einer Fülle an
Bildungsprojekten ins neue Jahr

Seite 6

DRESDEN GEWINNT EIN UNIKAT ZURÜCK

Stadtrat stimmt für Wiederaufbau des Narrenhäusels

In der Stadtratssitzung am 17.03.2016 wurde der SPD-Antrag zum Narrenhäusel angenommen. Der Dresdner Stadtrat bekennt sich zum Wiederaufbau.

Warum hat sich die SPD für das Projekt engagiert?

Das Narrenhäusel geht zurück auf die Zeit von August dem Starken, dessen Hoffnarr Fröhlich sich das Gebäude 1755 als Wohnhaus errichten ließ. Der Volksmund machte daraus dann das Narrenhäusel. Es ist ein Dresdner Unikat und als solches ist es, mehr als 70 Jahre nach seinem Abriss, noch immer im Bewusstsein vieler Dresdner verankert. Wir sind überzeugt, der Wiederaufbau kann dazu beitragen, Identität in einer wachsenden modernen Großstadt, zu stiften. 2030 wird Dresden fast 600.000 Einwohner haben. Baustellen überziehen derzeit die Stadt: Lücken werden geschlossen, neue Stadtteile entstehen in Mickten, Kaditz und an der Stauffenbergallee. Wir wollen kleine, humorvolle Erinnerungen an das Alte in das neue Dresden einbauen.

Das Narrenhäusel verbindet aufgrund seiner Lage die Altstadt mit der Neustadt. Seine beiden Türme senden eine umarmende Geste an die Menschen am anderen Ende der Augustusbrücke: „Seid willkommen“. Die zukünftig autofreie Brücke lädt zum Flanieren ein, das Narrenhäusel gibt dafür ein Ziel, einen



Anreiz zum Besuch der Neustadt.

Das Narrenhäusel steht für eine kleinteilige, abwechslungsreiche Bebauung am Neustädter Ufer. Dieses Ufer war geprägt von der Bebauung an der Meißner Straße. Zum Elbufer hin waren kleinere Gebäude vorgelagert. Von der Altstadt betrachtet ergab sich ein Bild der Steigerung der Bauwerke. Das Narrenhäusel war Teil dieses Ensembles. An diese Idee wollen wir anknüpfen und eine Anregung zur weiteren Bebauung – durchaus auch zeitgenössisch – am Neustädter Ufer geben.

Die lange und bewegte Geschichte des Narrenhäusels

Die Geschichte des Narrenhäusels ist abwechslungsreich. Als dreistöckiges,

„Mit dem Wiederaufbau des „Narrenhäusels“ erhält die Eingangssituation zur Neustadt eine neue Fassung. Die dadurch noch attraktivere Ansicht von der Altstädter Seite aus wird Touristen einladen, auch diesen Teil der Stadt zu erkunden, der mit seinen sehr gut erhaltenen barocken Wohnhäusern und Höfen eine Menge zu bieten hat.“

Hendrik Stalman-Fischer

barockes Gebäude wurde es 1755 gebaut, Anfang des 19. Jahrhundert umgebaut und aufgestockt. Ein neues Walmdach ersetzte das alte Mansarddach. Ein Jahrhundert später sollte das

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Haus abgerissen werden, doch in den letzten Plänen blieb es von Hans Erlwein als „Anbau“ eines voluminöseren Gebäudes berücksichtigt.

In den 1930ern war es sanierungsbedürftig. Die Nazis bauten eine Gaststätte nach ihren ideologischen Vorstellungen in das Narrenhäusel hinein. Der von ihnen heraufbeschworene Krieg zerstörte

jedoch das Gebäude kurze Zeit später. 1950 wurde es schließlich gegen den Rat des Denkmalpflegers Richard Konwiarz abgerissen.

Die Stadt ist nun beauftragt, das Grundstück auszuschreiben und den Käufer zu verpflichten, das Narrenhäusel wieder aufzubauen und nach 60 Jahren der Stadt zu schenken. Die Dresdner Baufirma Max Wiessner hat bereits angekün-

digt, an der Ausschreibung teilzunehmen und detaillierte Vorstellungen zum Wiederaufbau ausgearbeitet.

Damit besteht tatsächlich die reale Möglichkeit, ein kleines Stück Dresdner Geschichte neu erlebbar zu machen. Die SPD-Fraktion wird sich diesem Anliegen so lange widmen, bis der Wiederaufbau vollendet ist.

BRENNPUNKT: WIENER PLATZ

Auszüge aus der Rede von Christian Avenarius am 25. Februar 2016 im Stadtrat zur Sicherheitslage am Wiener Platz

Der Wiener Platz ist nicht der einzige Ort in Dresden, an dem Straftaten begangen werden. Er ist auch nicht der Ort, an dem die schwersten Straftaten begangen werden. Dennoch hat der Wiener Platz insbesondere im vergangenen Jahr eine stärkere Symbolkraft entwickelt als jeder andere Ort, an dem es zu Drogenhandel und anderen Delikten kommt.

Die Drogenszene am Wiener Platz

Er ist zunächst ein Symbol für den teilweisen Verlust des subjektiven Sicherheitsgefühls der Dresdnerinnen und Dresdner. Es hat sich dort eine Drogenszene entwickelt, die die Strafverfolgungsbehörden trotz deutlicher Steigerung des Verfolgungsdrucks bislang nicht beseitigen konnten.

Es wird weiterhin permanent mit illegalen Drogen gehandelt, es kommt zunehmend zu Gewalttaten unter den Dealern, die überwiegend aus Nordafrika stammen und ohne Bleibeperspektive in Deutschland leben. Vermehrt wird von Belästigungen, Bedrohungen oder gar Übergriffen von Dealern gegenüber Passanten berichtet. Die Menschen beginnen deshalb, den Wiener Platz zu meiden.

Unabhängig von der Frage, ob ihre Befürchtungen in den einzelnen Situationen begründet sind oder nicht:



Alle, die in unserer Stadt Verantwortung tragen, sind verpflichtet, darauf zu reagieren. Tun wir das nicht, riskieren wir das Vertrauen der Menschen zu verlieren, dass der Staat seine Schutzfunktion wahrnimmt.

Ein solcher Vertrauensverlust wäre viel schlimmer als die einzelnen Straftaten, um die es geht. Denn das Vertrauen darauf, dass der Staat die Menschen im Ernstfall schützt, ist die Voraussetzung dafür, dass die Menschen das staatliche Gewaltmonopol respektieren.

Auch wenn das staatliche Gewaltmonopol vor allem von der Polizei wahrgenommen wird, für die nicht die Kommunalpolitik, sondern der Bund und vor allem die Länder Verantwortung tragen, können wir uns nicht einfach zurücklehnen und auf die Versäumnisse und Verpflichtungen von anderen verweisen.

Natürlich stimmt es, dass es vor allem eine polizeiliche Aufgabe ist,

die Lage auf dem Wiener Platz wieder unter Kontrolle zu bringen. Und natürlich stimmt es, dass die sächsische Polizei in den letzten zehn Jahren insbesondere wegen des verantwortungslosen Personalabbaus durch die CDU-geführte Landesregierung in ihrer Leistungsfähigkeit massiv beeinträchtigt wurde und dass diesem Personalabbau erst seit der erneuten Regierungsbeteiligung der SPD Ende 2014 nachhaltig entgegengewirkt wird. Die Stadt Dresden trägt hierfür keine Verantwortung, sondern muss nur die Folgen dieser verfehlten Sparpolitik ertragen.

Natürlich stimmt es ebenso, dass es vor allem am Bund liegt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Ausländer, denen kein dauerhaftes Gastrecht zugestanden wurde, auch tatsächlich wieder in ihre Heimatländer zurückkehren oder dorthin zurückgeführt werden können. Auch hierfür trägt die Stadt Dresden keine Verantwortung, wird aber von den Folgen der mangeln-

den Durchsetzbarkeit von ausländerrechtlichen Ausreisepflichtungen belastet...

Diese Folgen treffen im Übrigen auch nicht nur die Menschen, die schon immer oder länger hier leben, sondern auch die ganz große Mehrheit der in letzter Zeit eingetroffenen Flüchtlinge.

Die allermeisten Flüchtlinge sind nämlich nicht kriminell, sondern wollen genauso wie alle anderen Menschen in unserer Stadt in Ruhe und Frieden leben. Sie werden durch die Dealer am Wiener Platz ebenso wie durch die nicht minder kriminellen "An-tänzer" in der Neustadt in Verruf gebracht.

Letztendlich ist es nur eine Gruppe von fünfzig bis allenfalls einhundert drogenabhängigen Intensivtätern, die von Rauschgiftgeschäften und anderen Straftaten leben und hier – auch das gehört zur bitteren Wahrheit – auf einen entsprechend lebendigen Markt von deutschen Käufern treffen.

Trotzdem: Wenn wir das Problem weiter anwachsen lassen, dann wächst es uns eines Tages ganz über den Kopf.

Wir können jetzt nicht einfach warten, bis die Landesregierung die Personalnot der Polizei überwunden hat und wir können auch nicht einfach warten, bis die Bundesregierung die nordafrikanischen Staaten davon überzeugt hat, ihre ausgewiesenen und abzuschiebenden Staatsbürger wieder aufzunehmen.

Was kann die Stadt Dresden tun?

Wir müssen stattdessen nach Wegen suchen, wie wir die Situation trotzdem halbwegs in den Griff bekommen. Denn wir dürfen den Wiener Platz auf gar keinen Fall verloren geben.

Hierbei ist es vor allem wichtig, dass wir möglichst rasch zu wirkungsvollen Lösungen finden, um einer Verfestigung der Sorgen und Ängste der Menschen und deren Gefühl des Verlustes ihrer persönlichen Sicherheit entgegenzuwirken. Hierfür sind in den letzten Wochen von mehreren Seiten die unterschiedlichsten Vorschläge geäußert worden. Am realistischsten und erfolgversprechendsten erscheint mir vor allem eine vorübergehende Erhöhung der Präsenz des Ordnungsamtes bzw. des Gemeindevollzugsdienstes, der inzwischen über eine hierfür gut ausgebildete Einheit, die sogenannte besondere Einsatzgruppe

„Der auf der Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung stehende Antrag der CDU-Fraktion zur Sicherheitslage am Wiener Platz deckt sich überwiegend mit dem, was wir in der aktuellen Stunde vorgetragen haben. Wir werden ihm daher mit wenigen Änderungen zustimmen.“

Christian Avenarius

verfügt.

Natürlich hat auch das Ordnungsamt keine Befugnis zur Strafverfolgung und kann deshalb die eigentliche Polizeiarbeit nicht ersetzen. Aber abgesehen davon, dass das Ordnungsamt im Bereich der Ordnungswidrigkeiten durchaus Verfolgungskompetenzen hat und zumindest in diesem Rahmen auch Personalien feststellen kann: Im Moment brauchen wir nichts dringender als den möglichst beständigen Anblick von Uniformen.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Citystreife, die ja auch in einer Art Uniform aufgetreten war: Nach allem, was ich von der Polizei gehört habe, hat diese vom Dresdner Handel ins Leben gerufene Institution in ihrer kurzen Pilotierungsphase ihre Sache gut gemacht und insbesondere gut mit den zuständigen Stellen der Landes- und Bundespolizei zusammengearbeitet.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich Mittel und Wege finden ließen, dieses Projekt zumindest mittelfristig in unserer Stadt zu installieren. Das Auftreten der Citystreife war von Besonnenheit und Professionalität bestimmt. Sie hat so gar nichts mit den inzwischen in einzelnen Stadtteilen in Erscheinung getretenen sogenannten "Bürgerwehren" zu tun, die nicht das Geringste zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen, sondern nur Unruhe und Unheil stiften.

Wir sollten die Citystreife auch weiterhin unterstützen.

Die Citystreife ist ein Projekt des Dresdner Handels. Sie dient primär dem Schutz der Gewerbetreibenden vor Eigentumsdelikten und anderen Straftaten. Dass sie gleichzeitig eine positive

Rolle im Gesamtsicherheitsgefüge einnimmt, ändert an ihrer ursprünglichen Aufgabe und an der Verantwortung der Dresdner Händler für die Fortführung des Projekts nichts. Sie kann nur existieren, wenn sie von einer deutlich größeren Gruppe von Gewerbetreibenden mitgetragen wird als dies bisher der Fall war. Wie die Unterstützung, die die Stadt für die Citystreife leisten kann, im Einzelnen aussehen kann, sollten wir ohne Zeitverzug, aber trotzdem in Ruhe diskutieren. Bereits heute ist allerdings klar, dass die Citystreife gegenüber dem Gemeindevollzugsdienst keine gleichwertige Rolle einnehmen kann.

Die Einbindung des Gemeindevollzugsdienstes in die Sicherheitskonzeptionen für die Innenstadt und die Förderung seiner diesbezüglichen Aktivitäten muss deshalb trotzdem Vorrang vor der Förderung der Aktivitäten der Citystreife haben.

Der Gemeindevollzugsdienst muss personell aufgestockt werden. Wir unterstützen deshalb den Vorschlag des Ordnungsamtes hinsichtlich der Anzahl der neu zu schaffenden Stellen.

Es wäre erfreulich, wenn wir bei diesen Fragen zu einem möglichst breiten Konsens im Stadtrat kämen. Sicherheitsfragen sollten generell möglichst sachlich, unaufgeregt und am besten parteiübergreifend geklärt werden.

Alle demokratischen Kräfte haben somit die Chance, dem Wiener Platz eine weitere Symbolfunktion zukommen zu lassen, nämlich die der gemeinsamen Haltung der Demokraten, dass sich in unserer Stadt niemand unsicher fühlen muss. Die SPD-Fraktion reicht hierfür allen die Hand.





Vorgestellt: KRISTIN STURM

EINE STARKE STIMME FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung
- Stadträtin für Loschwitz/ Wachwitz, Bühlau/ Weißer Hirsch, Hosterwitz/ Pillnitz, Dresdner Heide, Ortschaft Schönfeld-Weißig mit Weißig, Gönnsdorf/ Pappritz, Schönfeld/ Schullwitz, östliche Radeberger Vorstadt
- Ortsbeirätin in Loschwitz
- geboren 1985 in Torgau
- Studium der Volkswirtschaftslehre
- 2003 Eintritt in die SPD
- seit 2006 in Dresden aktiv
- Interessenschwerpunkte: Wirtschaft, Sport, Kunst und Kultur

kristin.sturm@spd-fraktion-dresden.de



EINE STADT FÜR ALLE

Dresden muss sozialer werden

Dresden gibt auf den ersten Blick ein gutes Bild in der Wirtschaftsentwicklung ab. So liegt Dresden in der Einkommenssteuerentwicklung aller kreisfreien Städte in Sachsen vorn, Prognose steigend.

Auch die Gewerbesteuer hat in den letzten Jahren konstant zugenommen und füllt die Stadtkassen. Dresden hat große Unternehmen wie beispielsweise VW oder Global Foundries, der Tourismus ist einer der größten Wirtschaftssektoren. Die Einwohnerzahl wächst stetig und so könnte man meinen, es sei alles in Ordnung, in Sachsens Elbflorenz, zumindest wirtschaftlich.

Leider ist dies etwas zu kurz gedacht. Denn wer meint, dass gesellschaftliche Divergenzen unabhängig von Wirtschaft und Arbeit betrachtet werden können, liegt falsch. Die montäglichen Ausflüge vieler Bewohner Dresdens, die Frustration vieler Menschen, die bei ei-

nigen nur unterschwellig, bspw. durch abfällige Bemerkungen über Flüchtlinge, wahrzunehmen sind, stehen in einem Kontext individueller Lebenssituationen, der dieser Tage oft Sozialneid oder auch Fremdenangst genannt wird.

Dieser Tatsache kann sich keine politische Institution entziehen. Im Gegenteil, man sollte erst recht nach den Wahlen in den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Probleme der Menschen ernst nehmen.

Das Subsidiaritätsprinzip möchte ich hier insbesondere anführen, um zu verdeutlichen, dass die gesellschaftliche und politische Verantwortung bei allen Inhabern gesellschaftlicher und politischer Ämter liegt.

Eine aktive Gestaltung der Dresdener Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist in einem größeren Umfang als bisher

möglich, beispielsweise durch die Einbindung der Eigenbetriebe in die Arbeitsmarktintegration oder die Zusammenarbeit der Stadt mit verschiedenen Bildungsträgern. Die Mittstandsförderung könnte im Bereich der Ansiedlungspolitik durch gezielteres Marketing ausgebaut werden. Die Vergabeverordnung der Stadt sollte eine sozialere, stärker regionale und unternehmensbezogene Handschrift tragen. Um dem steigenden Fachkräftemangel im Handwerk entgegenzuwirken sucht die SPD mit Partnern nach nachhaltigen Lösungen.

In der gegenwärtigen Wahlperiode werde ich versuchen die genannten Ziele zu erreichen. Dabei habe ich stets ein offenes Ohr für Anregungen im Zusammenhang mit der kommunalen Wirtschaftspolitik.

DIE VISION EINER VIELFÄLTIGEN STADT

Dr. Peter Lames über seinen neuen Aufgabenbereich, Herausforderungen und Ziele

Nach der Wahl des Oberbürgermeisters hat der Stadtrat im Spätsommer des vergangenen Jahres sechs neue Beigeordnete gewählt.

Für das Bürgermeisteramt Finanzen, Personal und Recht hat die SPD-Fraktion ihren langjährigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Lames vorgeschlagen. Seit dem 12. September 2015 hat er das Amt inne. Sein Geschäftsbereich umfasst aktuell zudem die einjährige Zuständigkeit für das Schulverwaltungsamt.

HERR DR. LAMES, SEIT DEN 1990ER JAHREN SIND SIE SPD-MITGLIED. VON BEGINN AN HABEN SIE SICH FÜR BILDUNGSPOLITISCHE THEMEN ENGANGIERT. WAS BEDEUTET IHNEN DIE WAHL ZUM BEIGEORDNETEN?

Es ist ein Geschenk in der Biografie, wenn man die Gelegenheit bekommt, mit Anfang Fünfzig noch einmal eine ganz neue Aufgabe zu übernehmen und dabei zwei persönliche Dinge zusammenfließen: Sowohl meine berufliche Erfahrung, die ich in der Justiz sammeln konnte, als auch mein politisches Engagement in elf Jahren Stadtratsarbeit. Ich freue mich sehr über die neugewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten.

BILDUNGSGERECHTIGKEIT LIEGT IHNEN BESONDERS AM HERZEN. WAS IST GERECHTE BILDUNG UND WIE SIEHT ES IN DRESDEN DAMIT AUS?

Gerechte Bildung heißt, dass die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schüler und der Lebensstandard der Eltern nicht ausschlaggebend für die Bildungschancen der Kinder sein dürfen. Leider sind die Bildungsperspektiven sowohl in ganz Deutschland als auch speziell in Dresden abhängig von der sozialen Herkunft der Kinder. Jedoch haben wir als Kommune die große Chance, gerade weil hier die Kinder jahrgangsweise nahezu vollständig in den Kinderkrippen und –gärten integriert sind und dann der Schulpflicht unterliegen, dem ganz bewusst entgegenzusteuern.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass keine Stadtteile abgehängt werden.

DAS AMT DES SCHULBÜRGERMEISTERS ÜBEN SIE BIS ENDE 2016 AUS. WAS STEHT DABEI IM MITTELPUNKT?

Ich werde in dem einen Jahr „keine Bäume ausreißen“ können.

Mir ist eine gute Gesprächskultur mit den Betroffenen besonders wichtig. Beispielsweise praktizieren wir dies gerade intensiv bei der Erarbeitung der Schulbauleitlinie. So wollen wir das auch

bei der Diskussion des ersten Entwurfs der Schulnetzplanung fortführen. Ansonsten gilt es, ein Rekordbauprogramm auf den Weg zu bringen und dies zu realisieren. In diesem Jahr ist der



Baustart von drei Gymnasien, zwei Oberschulen und vier Grundschulen als Neubau vorgesehen. Dazu kommt der Sanierungsbeginn von weiteren vier Grundschulen.

Das bedeutet für die einzelnen Projekte natürlich viel Aufmerksamkeit und Arbeit, damit alles gelingt.

SIE SPRACHEN BEREITS VON SCHULNEUBAU. DIES IST EIN BRISANTES THEMA IN DRESDEN. WELCHE SCHULEN BETRIFFT DAS IM SPEZIELLEN?

Die Schulbauvorhaben sind über die gesamte Stadt verstreut: Wir haben das Gymnasium Dresden-Südwest, Gymnasium und Oberschule in Tolkewitz sowie Gymnasium und Oberschule in Pieschen. Das allein sind schon drei Leuchttürme in Stadtteilen, die eine große Wachstumsdynamik hinsichtlich der Bevölkerung aufweisen.

WIE SOLL UND KANN DIES IHRER MEINUNG NACH FINANZIERT WERDEN?

Wir arbeiten weiterhin mit einem sehr hohen städtischen Eigenmitteleinsatz. Ich setze mich dafür ein, dass wir die zusätzlichen Fördermöglichkeiten, die

durch das Landesprogramm „Brücken in die Zukunft“ gekommen sind, weitgehend in die Schulbauinvestitionen einsetzen.

Da sind wir auf einem guten Weg.

AM 16. MÄRZ 2016 HABEN SIE DIE NEUE ZWEIFELDSPORTHALLE DER 117. GRUNDSCHULE „LUDWIG REICHENBACH“ EINGEWIEHT. ES FOLGEN WEITERE INVESTITIONEN DER LANDESHAUPTSTADT DRESDEN IN DEN SCHULSPORT. PROFITIEREN DAVON AUCH SPORTVEREINE?

Ja, selbstverständlich. Jede dieser Schulturnhallen steht außerhalb der schulischen Nutzung für Vereine und sonstige Nutzer zur Verfügung. Unsere Sportförderrichtlinien, die wir derzeit überarbeiten, sind so formuliert – und werden es auch in Zukunft sein – dass man als Sportverein automatisch den Anspruch auf die maximale Förderung erhält, die möglich ist. Das heißt, dass man nur acht Prozent des regulären Preises für die Nutzung zahlen muss. Das bedeutet für uns eine Ausweitung der Sportförderung, die nötig und zugleich gewollt ist. Der Sport hat in Dresden eine sehr, sehr große Bedeutung. Allein in den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der organisierten Sportlerinnen und Sportler in der Landeshauptstadt nahezu verdoppelt. Mit dieser großen Nachfrage müssen wir zukünftig auch Schritt halten.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

ZU IHREM TÄTIGKEITSBEREICH ZÄHLT AUCH DIE VERWALTUNG: 7000 MITARBEITER BEI DER STADT, 11000 BEI DEN STÄDTISCHEN UNTERNEHMEN. WAS KANN UND MUSS IN DEN VERWALTUNGSSTRUKTUREN FÜR DIE MITARBEITER VERBESSERT WERDEN?

Wir stehen vor sehr, sehr großen Aufgaben in der Personalentwicklung. Eine Stadt lebt davon, dass die Beschäftigten für die Stadt arbeiten und auch das Gesicht der Stadt sind. Ich muss sagen, dass es den Beschäftigten in den letzten Jahren sehr schwer gemacht worden ist. Die Stadt hat es z.B. nicht geschafft, eine Kantinenversorgung für eine Vielzahl ihrer Mitarbeiter anzubieten. Gleichzeitig gibt es viele Ansätze zu einer Verwaltungsmodernisierung und einer sehr guten Strukturierung der Verwaltung auch unter Einbeziehung der elektronischen Datenverarbeitung. Aber in den letzten Jahren scheint auch hier der Elan für deren Errichtung nachgelassen zu haben.

Ich sehe meine Aufgabe darin, diese Prozesse sehr konzentriert wieder anzuschieben.



ZU BEGINN IHRER AMTSZEIT SPRACHEN SIE VON DER IDEE DES NEUBAUS EINES RATHAUSES. WAS LIEGT DIESER IDEE ZU GRUNDE?

Ich bin nach wie vor für einen Neubau auf dem Ferdinand-Platz - hier direkt gegenüber dem jetzigen Rathaus, in dem nur ein Teil der Mitarbeiter der Stadt arbeitet. Zukünftig sollen die Bürger möglichst alle ihre Anliegen an einer zentralen Stelle klären können. Nach den ersten Monaten meiner Amtszeit als Bürgermeister sehe ich meine Idee mehr und mehr bestätigt.

IM WETTBEWERB „ZUKUNFTSTADT“ TRAGEN DRESDNER WÜNSCHE UND VISIONEN FÜR DIE ZUKUNFT DER

STADT ZUSAMMEN: WIE IST IHR ZUKUNFTSBILD VON DRESDEN FÜR DAS JAHR 2030?

Es ist das Bild einer Stadt, die freudig ihre Vielfalt lebt. Dresden lebt von dieser Vielfalt, sowohl was die Stadträume, als auch die Lebensmodelle angeht, die hier gleichzeitig verwirklicht werden. Dazu müssen wir uns bekennen, verbunden mit einer Weltoffenheit und dem Gefühl einer sozialen Gerechtigkeit für alle, die hier leben oder geboren werden.

Ich glaube, das ist die beste Basis dafür, dass wir auch wirtschaftlich in der Lage sind, bei der europäischen Konkurrenz mithalten, der wir ausgesetzt sind.

MEHRHEIT BRINGT DRESDEN VORAN

Stadtrat startet mit einer Fülle an Bildungsprojekten ins Jahr 2016

Die 150-jährige Geschichte der SPD, zurückgehend auf die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863 in Leipzig, ist untrennbar verbunden mit dem Leitmotiv einer guten Bildung, Chancengleichheit und damit Aufstiegschancen und der Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe für alle. Gute Bildung ist die Voraussetzung für ein gutes Leben. Dafür steht die SPD seit mehr als 150 Jahren. Dem hat sich bei seinem Amtsantritt im vergangenen Jahr auch Oberbürgermeister Dirk Hilbert angeschlossen, als er verkündete, es gäbe für Dresden nur ein Thema: Schulen, Schulen, Schulen. Die Stadtratskooperation aus LINKEN, GRÜNEN und SPD macht damit ernst. Das Jahr 2016 wird mit dem sozialdemokratischen Schulbürgermeister, Dr. Peter Lames, wichtige Voraussetzungen für die Zukunft schaffen, in der Dresden nicht nur eine Stadt der Wissenschaft (diesen Titel trug sie 2006), sondern eine Stadt der Bildung und der Chancengleichheit sein wird.

Zahlreiche Schulbauprojekte starten im Jahr 2016

So war bereits die Stadtratssitzung im Januar geprägt von zahlreichen Schulprojekten. In der Diskussion der Aktuellen Stunde zur „Drohenden

„Sozialer Wohnungsbau“

Veranstaltung mit
Christian Ude
13. April 2016 - 18:00 Uhr
siehe Seite 7

Schließung des Berufsschulzentrum Wirtschaft Dresden Prof. Dr. Zeigner“, die zahlreiche Schüler und Schülerinnen sowie Lehrer und Lehrerinnen im Januar live vor Ort verfolgten, forderte die SPD-Fraktion die antragstellende FDP auf, an den Verhandlungstisch und damit in die Ausschüsse zurückzukehren und gemeinsam, parteiübergreifend mit Stadtverwaltung und Schule nach einer

Lösung zu suchen, statt in einer Aktuellen Stunde leere Versprechungen und jungen Menschen damit Frust auf Politik zu machen.

Zwischen 1999 und 2004 unter der CDU-FDP-Koalition in dieser Stadt wurden zahlreiche Schulen geschlossen und jährlich nur zwischen 10 und 20 Millionen Euro in die Gebäude investiert. An dem entstandenen Investitionsstau arbeiten wir heute mit Hochdruck – das benötigt aber leider viel Zeit und Geld. Erst im Doppelhaushalt 2013/2014 konnten SPD und GRÜNE mit der CDU jährlich um die 100 Millionen Euro für Schulbauten einstellen.

SPD kämpft weiter für ein Gymnasium in Prohlis

Im Stadtrat wurde eine intensive und leidenschaftliche Debatte zu einem Eilantrag der CDU zum Gymnasium Prohlis geführt. Hier machte die SPD-Fraktion klar, dass die CDU die Verantwortung für die Schließung des Erich-

Wustmann-Gymnasiums in Prohlis-Süd im Jahr 2004 trägt. Zudem stellte die CDU bis September 2015 mit Winfried Lehmann den Schulbürgermeister. In seiner Amtszeit, die immerhin 14 Jahre betrug, wurde mehrfach vom Stadtrat beschlossen, ein neues Gymnasium in Prohlis zu errichten. Noch im April 2015 hatte der Stadtrat Bürgermeister Lehmann (CDU) aufgefordert, umgehend Sanierungsmaßnahmen am Standort des ehemaligen Gymnasiums Prohlis zu veranlassen. Außerdem sollte er bei der Sächsischen Bildungsagentur ein Lehrkollegium und ein Schulkonzept erwirken – was nicht geschah. Bis März 2015 fanden dann die Vorstellungen der hiesigen Gymnasien statt und es erfolgten die Anmeldungen der Schülerinnen und Schüler. Für das Gymnasium Prohlis im Schuljahr 2016/2017 war es, wieder einmal, längst zu spät. Die jetzt vorgetragene Idee der CDU, nun einen Neubau auf der Windmühlenstraße mit vorgezogener Eröffnung auf der Marienberger Straße zu realisieren, ist ein leeres Versprechen. Wir haben deshalb

in der Stadtratssitzung im Januar das Schulverwaltungsamt beauftragt, neue Lösungsvorschläge zu unterbreiten, damit ein neues gymnasiales Bildungsangebot in Prohlis schnellstmöglich Realität wird – auch unter Einbeziehung der von Schulbürgermeister Dr. Peter Lames (SPD) ins Gespräch gebrachten Möglichkeit eines Beruflichen Gymnasiums für Prohlis.

Den von der CDU in der Diskussion geäußerten Worten von einem „Gymnasium zweiter Klasse“ ist dabei entschieden zu widersprechen. Weder ist ein Gymnasium mehr oder weniger wert, weil das Gebäude neugebaut, saniert oder unsaniert ist. Noch gilt das für ein Berufliches Gymnasium im Vergleich zum Allgemeinbildenden Gymnasium. Berufliche Gymnasien sind nicht gleichartig, aber gleichwertig – hierzu gibt es eindeutige Festlegungen der Kultusministerkonferenz. Das klassische humanistische Gymnasium des 18. Jahrhunderts erhielt bereits Ende des 19. Jahrhunderts in Preußen

mit dem Realgymnasium eine sozialpolitische Ergänzung, deren Abschluss durch kaiserlichen Erlass gleichgestellt war. Ab den 1920er Jahren, den neuen technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen folgend, entstanden die Vorläufereinrichtungen der heutigen Beruflichen Gymnasien. In Baden-Württemberg wird heute beinahe jedes dritte Abitur an einer solchen Einrichtung erworben. Die sogenannte TOSCA-Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung hat belegt, dass diese ein Erfolgsmodell sind und zu einem vergleichbar hohen Niveau wie Allgemeinbildende Gymnasien führen. Unser Schulsystem braucht Offenheit und Durchlässigkeit und Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg und keine verbohrt politischen Debatten.

Wir wünschen uns vor allem, dass der von uns eingeschlagene Weg der bildungspolitischen Offensive in der Stadt Dresden auch unter dem künftigen Schulbürgermeister, den ab 2017 wieder die CDU stellt, fortgesetzt wird.

IN ALLER KÜRZE

Umzug in die neuen Fraktionsräume

Seit 2011, mit Beginn der Sanierung des Ostflügels im Neuen Rathaus, waren die Fraktionen im Nordflügel untergebracht. Jetzt sind die Bauarbeiten im Ostflügel fast vollständig abgeschlossen. Bereits Anfang Januar 2016 konnten wir unser neues Fraktionszimmer in der 1. Etage beziehen. Sie finden die SPD-Fraktion jetzt im Zimmer 207.

Die Sanierung des Rathauses wurde bedingt durch die erheblichen Kostensteigerungen während der laufenden Baumaßnahmen immer wieder in der Presse diskutiert.

Der SPD-Fraktion war es von Anfang an wichtig, dass sich die Sanierung auf das Wesentliche beschränkt. Der Brandschutz und die technische Ertüchtigung des Gebäudes sollten im Vordergrund stehen. So wurde ein kompletter Umbau des Plenarsaales von uns aus Kostengründen abgelehnt und der Saal ist nun technisch modernisiert aber in seiner alten Erscheinung erhalten geblieben.

„Wir freuen uns über die neuen Räume, die für unsere Arbeit eine deutliche Verbesserung darstellen“, so Thomas Blümel, Geschäftsführer der Fraktion.

Kein Bacchus für den Ratskeller?

Seit vielen Jahren drängt die SPD-Fraktion darauf, den Ratskeller wieder zu öffnen.

Zuletzt haben wir die Stadtverwaltung aufgefordert, bis zum Sommer 2015 ein Konzept für die künftige Nutzung des Ratskellers vorzulegen. Heute, im Frühjahr 2016 ist immer noch nicht klar, was aus den historischen Gewölben werden soll. Ein neuer Wirt ist nicht in Sicht. Im Gespräch ist deshalb, den Ratskeller zukünftig erst einmal für Veranstaltungen oder eine Mitarbeiterkantine zu nutzen.

Klar ist: Wir setzen uns weiter für den Ratskeller ein.



Wohnungspolitisches Fachforum

Dresden ist eine schöne Stadt. Immer mehr, vor allem junge Menschen zieht es nach Dresden. Diese Entwicklung freut uns, stellt jedoch auch die Frage in den Raum, wie bezahlbare Wohnungen für alle gewährleistet werden können.

Am **13. April 2016** ist der langjährige Oberbürgermeister von München, Christian Ude (SPD), zu Gast in Dresden. Die SPD-Fraktion veranstaltet mit ihm als Hauptredner und weiteren kompetenten Gästen ein Fachforum zum Thema Wohnungspolitik. Im Zentrum wird die Frage stehen:

„Sozialer Wohnungsbau - Wer soll das bezahlen?“

Die Veranstaltung findet im Haus der Kirche (Dreikönigskirche - Hauptstraße 23 - 01097 Dresden) statt. Beginn ist 18.00 Uhr. Im Anschluss an das Forum wird Ude seine Qualitäten als Kabarettist ausspielen. Wir freuen uns über Ihr Kommen! Anmeldungen über spd-fraktion@dresden.de

Unsere Fraktion für Dresden

zzgl. Vertreterinnen im Jugendhilfeausschuss
und im Beirat für Menschen mit Behinderung



SPD-Fraktion
Dresden



Dana Frohwieser

1. Stellv. Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Bildung und Kitas

dana.frohwieser@spd-fraktion-dresden.de



Thomas Blümel

Fraktionsgeschäftsführer

Sprecher für Finanzpolitik,
Sport und Energie

thomas.bluemel@spd-fraktion-dresden.de



Vincent Drews

Sprecher für Sozial- und
Integrationspolitik

vincent.drews@spd-fraktion-dresden.de



Hendrik Stalman-Fischer

Sprecher für Stadtentwicklung,
Bau und Verkehr

hendrik.stalman-fischer@spd-fraktion-dresden.de



Dorothee Marth

Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Sprecherin für Kinder-, Jugend- und
Familienpolitik

goro.marth@spd-fraktion-dresden.de



Christian Avenarius

Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Ordnung und Sicherheit,
Gesundheits- und Gleichstellungspolitik

christian.avenarius@spd-fraktion-dresden.de



Dr. Christian Bösl

2. Stellv. Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Allgemeine Verwaltung,
Digitales und Europa

christian.boesl@spd-fraktion-dresden.de



Peter Bartels

Sprecher für Wohnungs- und
Umweltpolitik

peter.bartels@spd-fraktion-dresden.de



Wilm Heinrich

Sprecher für Kulturpolitik

wilm.heinrich@spd-fraktion-dresden.de



Kristin Sturm

Sprecherin für Wirtschaft,
Wissenschaft und Arbeit

kristin.sturm@spd-fraktion-dresden.de



Dr. Cornelia Hähne

Mitglied im Beirat für Menschen mit
Behinderung

Sprecherin für Inklusionspolitik

cornelia.haehne@spd-fraktion-dresden.de

Impressum

„Neues aus dem Stadtrat“ ist ein Informationsblatt der SPD-Fraktion Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Tel: 0351 488-2190
Fax: 0351 488-2056
spd-fraktion@dresden.de

www.spd-fraktion-dresden.de
Facebook: SPD-Fraktion Dresden

V.i.S.d.P.: Christian Avenarius

Bildnachweis:

Narrenhäusel: Max Wiessner Baugeschäft GmbH
Schulneubau: Landeshauptstadt Dresden

alle anderen: Redaktion

Druckauflage: 1000 Stück

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der SPD-Fraktion.
Sie darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.